

## Bericht

der Landesregierung

**über die Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gemäß Beschluss des Landtags vom 25. März 2010 – Drs. 5/632-B „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“**

### I. Einleitung

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist seit nunmehr 12 Jahren die Grundlage für das Handeln der Landesregierung zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft mit Zivilcourage in der politischen Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die grundlegenden Strukturen des Handlungskonzepts und spiegelt ausgewählte Aktivitäten aus dem Jahr 2009 wider.

Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Brandenburg ein Land der Vielfalt und Toleranz ist. Das Jahr 2009 war für den Rechtsextremismus wenig erfolgreich. Die im Land Brandenburg gewachsenen und effektiven zivilgesellschaftlichen Strukturen haben wesentlich dazu beigetragen. Zum ersten Mal seit zehn Jahren ist es keiner rechtsextremen Partei gelungen, in den Potsdamer Landtag einzuziehen. Mit dem Ergebnis von 1,1 Prozent ist die Deutsche Volksunion (DVU) nicht mehr im Landtag vertreten. Auf kommunaler Ebene beträgt der Stimmenanteil von DVU und Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zusammen 3,9 Prozent und ist damit etwas höher als im städtischen Raum mit 3,2 Prozent. Befördert durch den von Brandenburg ausgehenden Bruch des „Deutschland-Paktes“ haben NPD und DVU im Vergleich zur Landtagswahl 2004 zusammen rund 20.000 Stimmen weniger erhalten (Zweitstimme). Während die DVU laut neuestem Verfassungsschutzbericht wenig in Erscheinung trat, war die NPD bemüht, ihre Strukturen zu erweitern. „Freie Kräfte“ kooperieren dabei nur zum Teil mit der NPD. Je nach Region sind sie mit Gleichgesinnten länderübergreifend vernetzt. Das gilt gerade für Berlin und Sachsen. Ihr Anwachsen und ihre eindeutige Wesensverwandtschaft mit der NS-Ideologie des Dritten Reichs stellen sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen.

Datum des Eingangs: 22.06.2010 / Ausgegeben: 22.06.2010

Die Zahl des gesamten tatsächlichen rechtsextremistischen Personenpotenzials ist rückläufig und ging von 1.290 auf 1.230 zurück. So wurden vom Verfassungsschutz unter anderem 480 (- 30) unorganisierte, gewaltbereite Personen mit rechtsextremer Gesinnung, 320 (+ 60) Neonazis, 320 (+ 20) NPD-Mitglieder (mit JN) und 150 (- 70) DVU-Mitglieder gezählt.

Polizeilich registrierte rechtsextreme Gewaltstraftaten im Land Brandenburg sind im Jahr 2009 mit 69 Fällen ebenfalls rückläufig. Das ist gegenüber dem Jahr 2004, in welchem mit 105 Fällen der Höchststand seit Einführung eines bundesweiten Erfassungssystems zu verzeichnen war, eine deutlich wahrnehmbare abnehmende Tendenz.

Die Maßnahmen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden haben im Verbund mit vielfältigen gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen gewirkt. So erfreulich diese Entwicklung ist, gibt sie dennoch keinen Anlass zur Entwarnung. Das Land Brandenburg gehört bundesweit nach wie vor zu den stärker belasteten Bundesländern im Bereich rechtsextremistischer Gewalt. Der Verfassungsschutz Brandenburgs stellt fest, dass der Rechtsextremismus bei den Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Jahr 2009 weiterhin die größte Herausforderung in unserem Lande darstellte. Dennoch ist die Entwicklung Brandenburgs für alle demokratischen Kräfte ermutigend, die sich für die Stärkung der demokratischen Kultur und die Bekämpfung von Rechtsextremismus engagieren.

## II. Aktuelle Strukturen im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“

Zum Umsetzen des Handlungskonzepts der Landesregierung ist der *Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Burkhard Jungkamp* beauftragt worden. Ihm ist eine Koordinierungsstelle zur Seite gestellt worden, die einen Knotenpunkt zwischen der Landesregierung, der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft bildet. Sie ist für die inhaltliche Abstimmung innerhalb der Landesregierung zuständig und koordiniert ressortübergreifende Vorhaben.

Zwecks der Unterstützung von Beratungsstrukturen standen im Haushalt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport im Jahr 2009 Mittel i.H.v. 1.120.000 EUR zur Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung demokratischer Kultur und Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zur Verfügung (Kapitel 05 050, Titelgruppe 62).

Darüber hinaus berät die Koordinierungsstelle zahlreiche Akteurinnen und Akteure bei der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Begleitung und Zusammenarbeit mit regionalen Vereinen, Initiativen und lokalen Bündnissen erfolgen besonders durch ein im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gebildetes Beratungsnetzwerk. Es besteht aus den Trägern

- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos (MBT),
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg (RAA Brandenburg),

- landesweites Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Opferperspektive e.V. und
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V. .

In seiner Grundstruktur ist es dreigliedrig angelegt: auf landesweiter, regionaler und lokaler Ebene. Auf regionaler Ebene sind sechs Beratungsräume gebildet worden. Je Beratungsraum existiert ein „Büro für Integration und Toleranz“ (BIT). In jedem sind ein Mobiles Beratungsteam und ein RAA-Team vertreten. Sie haben ihren Sitz in Angermünde, Cottbus, Frankfurt(Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin. Das Aktionsbündnis, die Opferperspektive und die Brandenburgische Sportjugend agieren landesweit.

Jeder Träger im Beratungsnetzwerk hat unterschiedliche Arbeitsansätze und fachspezifische Ausrichtungen. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine bewährte Handlungsstrategie in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen. Das Zusammenführen der gemeinsamen Kompetenz dieser Träger ermöglicht, in besonderen Problemlagen zeitnah zielgruppenspezifische Lösungsstrategien zu erarbeiten. Im Bedarfsfall können Mobile Interventionsteams innerhalb des Beratungsnetzwerks gebildet werden. Diese analysieren die vorhandene Situation, identifizieren mögliche Ressourcen und entwickeln ein Handlungs- und Lösungskonzept mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort.

Das „**Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos**“ mit seinen **Mobilen Beratungsteams** (MBT) bietet Unterstützung für ein demokratiegeleitetes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in allen gesellschaftlichen Bereichen an. Das MBT ist bereits seit 1998 integraler Bestandteil des Handlungskonzepts. Auf Anfrage wenden sich die Beraterinnen und Berater den unterschiedlichsten Akteuren vor Ort zu, entwerfen mit ihnen gemeinsam Konzepte und legen Aktivitäten gegen rechtsextreme Tendenzen fest. Über die Jahre haben die MBTs Vertrauen in ihren Regionen aufgebaut. Sie stimulieren unter Berücksichtigung der lokalen Eigenheiten demokratiefördernde Prozesse und unterstützen die vorhandenen Akteure in der Abstimmung passgenauer Maßnahmen.

Im Jahr 2009 standen die Aktivitäten des MBT in Zusammenhang mit den Wahlen. Dabei bewährte sich die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Abgeordneten der demokratischen Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen 2008 auf allen Ebenen und bildete eine solide Grundlage. Die bestehenden Angebote zur Beratung von Ortsvereinen der demokratischen Parteien erwiesen sich aus Sicht des MBT als erfolgreiches Konzept und wurden 2009 auf die Landtags- und Europawahlen modifiziert.

Gemeinsam mit dem Verfassungsschutz wurden im Jahr 2009 erneut Veranstaltungen mit Fortbildungscharakter für Polizistinnen und Polizisten und Kommunalbedienstete an der Polizeifachhochschule durchgeführt. Daran nahmen rund 250 Personen teil. Im Frühjahr 2010 hatte man dieses Konzept weiterentwickelt. An zwei Tagen befassten sich insgesamt 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der kommunalen Ebene mit Handlungskonzepten zum richtigen Umgang mit rechtsextremistischen Anfragen und Anträgen.

Das „Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos“ beteiligt sich derzeit aktiv an dem Fertigstellen eines bundesweiten Rahmenpapiers zu Professionalität und

Qualitätsstandards für die Beratung im Themenfeld „Rechtsextremismus“. Es ist Mitglied in der „Arbeitsgruppe Qualitätsstandards“, in der Akteure aus dem Bundesprogramm „kompetent für Demokratie“ beteiligt sind. Ziel ist, im Konsens aller Beteiligten Qualitätsstandards zukünftiger Programme auf der Grundlage langjähriger Praxiserfahrungen zu beschreiben. Das MBT Brandenburg legt dabei besonderen Wert auf eine Ausrichtung, die als Qualitätsstandard eine genauere Definition beteiligungsorientierter Beratung im kommunalen Zusammenhang enthält. Diese Beratung muss sich einem professionellen Anspruch stellen und reflektiert werden. Die mehr als 10-jährige Praxis des MBT mit der systemischen Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus kommt der Erarbeitung des Papiers dabei in besonderer Form zugute.

Im schulischen Bereich kommt der **RAA Brandenburg** eine besondere Bedeutung zu. Sie unterstützt Schulen bei der Entwicklung einer demokratischen und interkulturellen Schulkultur, die dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern sich offensiv mit Intoleranz und Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen.

Bei der RAA Brandenburg befindet sich die Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung (jubb). Ihre Aufgabe ist es, Jugendliche zur Beteiligung an demokratischen Beteiligungsprozessen anzuregen, ihren Mitgestaltungswillen zu wecken und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger dafür zu gewinnen, Jugendlichen Partizipationsstrukturen anzubieten und mit ihnen zu pflegen. Über verschiedene Angebote wie Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für Jugendliche, Vertreterinnen und Vertreter der Jugendarbeit, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie kommunale Vertreterinnen und Vertreter werden Jugendliche bei der Schaffung demokratischer Beteiligungsstrukturen in ihrer Heimatgemeinde unterstützt.

Daneben ist die Landeskoordinierung für das Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" (SOR-SMC) bei der RAA Brandenburg angesiedelt. Voraussetzung zur Teilnahme an dem Projekt ist das Bekenntnis von mindestens 70 Prozent aller Angehörigen einer Schule (Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Hausmeisterinnen und Hausmeister etc.), gemeinsam gegen jede Form von Diskriminierung und Gewalt vorzugehen, nachhaltige und langfristige Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln sowie mindestens einmal pro Jahr ein Projekt zum Thema durchzuführen. 41 „SOR-SMC“ Schulen gibt es derzeit im Land Brandenburg. Im Verhältnis zur Anzahl der Schulen insgesamt gibt es derzeit in keinem anderen Bundesland mehr SOR-SMC-Schulen als in Brandenburg. Alle Schultypen sind darunter vertreten: Grundschulen, Oberstufenzentren, eine Fachhochschule, eine Waldorfschule, ferner Förderschulen, Gesamt- und Oberschulen sowie Gymnasien. Weitere Schulen bemühen sich derzeit ebenfalls um diesen Titel.

Im Jahr 2009 bot die RAA Brandenburg wieder zahlreiche Fortbildungen und Beratung zu den Themenfeldern „Integration und interkulturelle Bildung“ an. Fortbildungen, die im Rahmen des Projekts „Interkulturelle Kompetenz - Kommunale Verantwortung für Bildung, Integration und Chancengleichheit“ (gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“) stattfanden, richteten sich an Schulen, Kindertageseinrichtungen, Familienzentren

und ähnliche Einrichtungen. Sie umfassten u.a. Angebote zu den Themenbereichen „Umgang mit Vielfalt“, „Umgang mit Konflikten“, „Soziales“ und „interkulturelles Lernen“, „Zuwanderung“ und „Integration“.

Ab März 2009 tourte die RAA zusammen mit der Filmemacherin Mo Asumang durch das Land, um über ihren Film „Roots Germania“ an Schulen und Jugendeinrichtungen zu diskutieren. Der Film bietet die Möglichkeit, über die Themen „Rassismus“, „rechtsextreme Gewalt und Ideologie“, aber auch „Zivilcourage“, „Mut“ und die Suche nach den eigenen Wurzeln (roots) ins Gespräch zu kommen. Grundlage der Diskussion war eine gekürzte Version des Films, die durch Mittel des „Toleranten Brandenburg“ und der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg gefördert wurde.

Die RAA Brandenburg erarbeitete außerdem unter Mitwirkung des Mobilen Beratungsteams sowie der Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern eine aktualisierte Handreichung zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Propaganda. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat sie den Schulen im Land zur Verfügung gestellt. Sie enthält Hinweise zur schulischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (wie zum Beispiel zum Herstellen von Öffentlichkeit und zur Informationsweitergabe an Behörden) und Argumente für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Inhalten.

Im Dezember 2009 führten die RAA Brandenburg, der Landesjugendring und der Landeschülerrat, unterstützt durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, die Veranstaltung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus! - Brandenburger Jugendliche gegen Rassismus“ durch. Ziel war es, Jugendliche aus verschiedenen Organisationen auf einer gemeinsamen Veranstaltung für den Themenkomplex „Rechtsextremismus und Rassismus“ zu sensibilisieren, sie zu vernetzen und bei ihrem Engagement zu unterstützen. Dafür wurden verschiedene Workshops angeboten, wie etwa „Projektplanung“, „Öffentlichkeitsarbeit“ sowie „Informationen zu rechtsextremen Symbolen, Kleidung und Musik“.

Das landesweite **Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** gründete sich im Jahr 1997 mit dem vorrangigen Ziel, die Mobilisierung der Gesellschaft gegen fremdenfeindliche Einstellungen und rechtsextreme Gewalt voranzutreiben sowie zivilgesellschaftliches Engagement für eine demokratische Kultur zu stärken. Das Bündnis vereint aktuell 66 Mitglieder. Es leistet Aufklärungsarbeit in den Regionen und ist somit an vielen kommunalen Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Alltagskultur beteiligt. Das Aktionsbündnis hat 2009 vor allem den stärkeren Austausch seiner Mitglieder in den Fokus genommen. Es beteiligt sich an Sitzungen und Aktivitäten seiner Mitglieder und ist im Beratungsnetzwerk und Förderbeirat der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ vertreten.

Die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ - seit Mitte November 2009 Mitglied im Aktionsbündnis - hatte am 12. September 2009 in einer feierlichen Zeremonie ihr „Haus der Demokratie“ eröffnet. Dieses war bis dato ein einmaliges Projekt im Kreis Teltow-Fläming, das durch das hohe Engagement der Zossener Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wurde. Bedauerlicherweise brannte es nach einem Brandanschlag in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 2010 völlig ab. Doch die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ hat sich nicht entmutigen lassen. Derzeit baut sie ein neues „Haus der Demokratie“ unter Gründung eines Vereins wieder auf.

Vor dem Hintergrund der im Jahr 2009 stattgefundenen Wahlen, hat das landesweite Aktionsbündnis seinen besonderen Schwerpunkt auf die Mobilisierung gegen rechtsextreme Wahlkämpfe gelegt.

„Unser Netzwerk im Wahljahr 2009“ war Thema des 32. Plenums, bei dem Ideen für Aktionen im Wahljahr ausgetauscht wurden. Die Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses entwickelte daraufhin sieben Module für Veranstaltungen wie beispielsweise „Rechtsextreme Parteien und neonazistisches Umfeld – Erfahrungen aus den Wahlkämpfen 2006, 2007 und 2008“. Vier Wochen vor der Landtagswahl brachte das Aktionsbündnis den Flyer „Wer kann die Welt verändern“ heraus, der sozial-, wirtschafts- und bildungspolitische Vorstellungen von Rechtsextremen thematisiert und entlarvt. Wenige Tage vor der Wahl startete das Aktionsbündnis seinen Aufruf: „Keine Stimme den Feinden der Demokratie“.

Die Gemeinde Halbe mit ihrer größten deutschen Kriegsgräberstätte ist bundesweit und international ein für Personen mit rechtsextremer Gesinnung bedeutsamer Ort, der immer für Aufmärsche missbraucht wird. Im Oktober 2009 wurde der vom landesweiten Aktionsbündnis veröffentlichte Abschlussbericht der Expertenkommission „Mittel- und langfristige Perspektiven für den Waldfriedhof Halbe“ den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorgestellt. In den vergangenen Jahren hatte die aktive Zivilgesellschaft Brandenburgs erreicht, dass Halbe zu einem Misserfolg für die neonazistische Bewegung wurde. Im Jahr 2009 gewannen die Aktivitäten durch die intensive Beteiligung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeindeteile eine neue Qualität. Durch die Bündelung eigener Kräfte vor Ort konnte ein Bürgerfest mit dem Titel „Vielfalt tut gut – im Schenkenländchen“ organisiert werden, welches am 14. November 2009 stattfand. Viele regionale Vereine, Musikerinnen und Musiker, Künstlerinnen und Künstler, die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk waren involviert. Ziel des Fests war es, mit zahlreichen Aktionen wie einem Straßenfußballturnier, Lesungen, Musik, Filmvorführungen und Diskussionen die Vielfältigkeit des Gemeinwesens vorzustellen und öffentlichen Raum durch Demokratinnen und Demokraten positiv zu besetzen. Aufgrund des Todes des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD wurde ein angekündigter rechtsextremer Aufmarsch kurzfristig abgesagt. Für die Identität und Zivilgesellschaft in der Region war dieses Fest von großer Bedeutung.

Gemeinsam mit dem Brandenburgischen Verfassungsschutz und dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) hat das landesweite Aktionsbündnis weitere mögliche Buchstaben- und Zahlenkombinationen für Kfz-Kennzeichen zusammengefasst, die in der neonationalsozialistischen Szene als Codes für bestimmte Personen und Grußformeln beliebt sind. Im Land Brandenburg waren bereits wie in den anderen Bundesländern die Buchstabenkombinationen "HJ, NS, KZ, SS und SA" auf Kfz-Kennzeichen gesperrt. Das MIL hat im Dezember 2009 weitere Buchstaben- und Zahlenkombinationen sperren lassen, bspw. die Kombinationen „HH – 18 und 88“.

Opfer rechtsextremer Gewalt brauchen gesellschaftliche Unterstützung. Die **Opferperspektive e.V.** hat ein spezifisches Beratungsprojekt für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Land Brandenburg entwickelt. Die spezifische Form der Beratung der Opferperspektive enthält folgende Elemente: psychosoziale Beratung, Beratung zur Anzeigenstellung, Begleitung zur Polizei, zu Behörden und ärztlichen Behandlungen, Begleitung in gerichtlichen Verfahren, Klärung der Entschädigungsansprüche und Antragsberatung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Kontakt zu Medien und Vermittlung zu Menschen vor Ort, die Unterstützung leisten können. Die Opfer werden mithilfe des Projekts psychisch stabilisiert und erlangen ihre Handlungsfähigkeit zurück. Sie werden darin unterstützt, selbst für ihre Interessen und Rechte einzutreten. In öffentlichen und fachlichen Diskursen werden kollektive Viktimisierungsprozesse berücksichtigt und kenntlich gemacht. Die Beratung ist parteilich im Sinne der Bedürfnisse der Betroffenen. Sie ist aufsuchend und betreibt Recherchen zu Fallhintergründen und Bedarfslagen der Opfer. Seit 2009 steht der Opferperspektive für ihre Beratungsarbeit ein Fahrzeug zur Verfügung. Mit dem „Opferberatungsmobil“ ist es möglich, schnell und unkompliziert Beratungen vor Ort anzubieten.

Der Landessportbund Brandenburg e.V. (LSB) ist seit 2007 Mitglied im Beratungsnetzwerk. Eine eigens dafür eingerichtete Stelle bei der **Brandenburgischen Sportjugend** bietet insbesondere für das Projekt „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“ grundsätzliche und individuelle Beratung bei der demokratischen Gestaltung der Vereins- und Verbandsarbeit, analysiert und bewertet Problemlagen, informiert über Handlungsmöglichkeiten und stellt Informationen zur Thematik „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltprävention“ bereit. Auch Tagungen, Seminare und Workshops werden angeboten sowie Projekte, die sich mit dem Problem des Rechtsextremismus im Sport befassen, begleitet und unterstützt.

Zahlreiche Veranstaltungen des LSB, seiner Fachverbände und vor allem der Sportjugend, die das Anliegen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ transportieren, fanden (und finden) in den unterschiedlichsten Sportarten statt.

Beispielsweise unterstützte die Brandenburgische Sportjugend im Jahr 2009 insgesamt acht Laufveranstaltungen im Land Brandenburg. Vier davon standen dabei unter dem Thema „Meile für Toleranz“, während vier weitere als „24 Stunden Staffelläufe zur Wahl 2009“ durchgeführt wurden. Sie verfolgten das gemeinsame Anliegen,

1. mit den Mitteln des Sports die Bewusstseinsbildung für Toleranz und Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu schärfen,
2. die Auseinandersetzung mit dem angesprochenen Thema anzuregen und
3. Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie Besucherinnen und Besuchern entsprechender Veranstaltungen die Möglichkeit zu bieten, sich mit den gemeinsamen Zielen vom Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. zu befassen und zu identifizieren.

In einer landesweiten gemeinsamen Aktion setzten außerdem die Landesregierung, der Landessportbund (LSB) und der **Fußball-Landesverband Brandenburg (FLB)** mit dem zweiten „Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz“ am 16. und 17. Mai 2009 ein deutli-

ches Zeichen für Menschlichkeit und Toleranz. Sämtliche Fußballspiele standen an diesem Wochenende unter dem Motto „Wir Fußballer für ein Tolerantes Brandenburg“. Der Spieltag betonte dies durch das Ritual eines symbolischen Handschlags vor dem Spiel und die Verlesung einer Resolution. Außerdem liefen die Spielerinnen und Spieler der Brandenburgliga in Trikots der Landesfarben und mit der Aufschrift „Tolerantes Brandenburg“ auf.

## II.1 Zusammenarbeit im Rahmen von Bundesprogrammen

Die Intention des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ wird seit 2007 durch zwei auf Dauer angelegte *Bundesprogramme* ergänzt: „*VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie*“ und „*kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus*.“ Sie verfolgen gleiche Ziele mit verschiedenen Strategien. Während VIELFALT TUT GUT.“ präventiv angelegt ist, setzt „kompetent. Für Demokratie“ auf Intervention. In erster Linie werden über die Bundesförderung Weiter- und Neuentwicklungen von landesweiten Beratungsangeboten im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gefördert.

Das Bundesprogramm „*kompetent. Für Demokratie*“ ergänzt die bereits seit 1998 durch die Landesregierung bereitgestellten Mittel für die Sicherung von Strukturen. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ übernimmt im Rahmen dieses Bundesprogramms die Aufgabe einer Landeskoordinierungsstelle und kann bei Interventionsanlässen als Erstkontaktstelle dienen. Sie leistet bei Bekanntwerden eines Handlungsbedarfs bereits selbst unmittelbar und zeitnah erste Beratungsarbeit. Auf Landesebene informiert sie das Beratungsnetzwerk und entscheidet, welcher Träger die konkrete Intervention leitet, beziehungsweise verantwortlich ein geeignetes Team zusammenstellt.

Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks sind mit der fachlichen Kompetenz ausgestattet, auf diverse Interventionsfälle problemorientiert mit professioneller Beratung zu reagieren. Die Arbeitsweisen der mobilen Interventionsteams vor Ort sind in der Regel nicht formalisiert, sondern vielmehr den spezifischen Bedingungen vor Ort bzw. den Bedürfnissen eines konkreten Interventionsanlasses entsprechend angepasst. Mitglieder von mobilen Interventionsteams können sowohl die zuvor genannten landesweiten Träger aus dem Beratungsnetzwerk, als auch u.a. die Landesregierung, Bündnisse, Polizei, Kommunale Verwaltung, Vereine, Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Parteien, Presse, Politikerinnen und Politiker, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Bürgerinnen und Bürger sein.

Um die Zivilgesellschaft insgesamt nachhaltig zu stärken und tragfähige Strukturen bürgerlichen Engagements zu schaffen, ist ein in die Fläche zielender Ausbau von spezifischen Beratungsangeboten ebenso wie der Aufbau von neuen oder erweiterten Beratungsangeboten gerade auch in ländlich strukturierten Regionen dringend notwendig. Beide Ziele können mit der intendierten regionalisierten Ausprägung des Beratungsnetzwerks gewährleistet werden.

Bei der fortwährenden Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ werden eindeutige Synergieeffekte zwischen bereits bestehenden Strukturen und Arbeitsansätzen sowie neu hinzukommenden bzw. noch in der Praxis zu entwickelnden

Konzepten ausgebaut. Eine enge Vernetzung und Verknüpfung zwischen dem Beratungsnetzwerk und den darin wirkenden jeweiligen mobilen Interventionsteams werden gewährleistet.

Zur nachhaltigen Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten leistet das Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ einen wichtigen Beitrag. Statt um kurzweilige anlassbezogene Interventionen geht es um den Aufbau und Erhalt von beständigen Beratungs- und Interventionsstrukturen. Sie haben ihre Aufgaben sowohl im intervenierenden als auch im präventiven Bereich. Aus der Sicht der Landesregierung Brandenburg hat das Hauptaugenmerk deshalb nicht in der Finanzierung von jeweils kurzzeitig agierenden Interventionsteams zu liegen, sondern in der Absicherung von landesweiten Beratungsstrukturen, aus denen heraus dann im jeweiligen „Interventionsfall“ Teams in einer geeigneten Zusammensetzung gebildet werden können. Erfolgreiche „Intervention“ durch das Beratungsnetzwerk knüpft an entwickeltes Vertrauen und soziales Kapital an.

Das Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ ist mit einer Fördersumme i.H. v. 5 Mio. € ausgestattet. Die jährliche Beteiligung des Bundes wurde aufgrund der erhöhten Teilnehmerzahl von mittlerweile allen 16 Bundesländern proportional auf inzwischen 250.000 € pro Bundesland (für 2010) begrenzt. Mit der degressiven Gestaltung und der Festlegung auf eine Höchstförderung werden der Ausbau und die Aufrechterhaltung bewährter Strukturen in den einzelnen Bundesländern teilweise gefährdet.

Im Rahmen der Förderung durch „kompetent. Für Demokratie“ konnten 2009 insbesondere folgende Fachtagungen im Land Brandenburg realisiert werden:

Das Moses-Mendelssohn- Zentrum für europäisch-jüdische- Studien der Universität Potsdam (MMZ) veranstaltete im Potsdamer Landtag vom 27. bis 28. Mai 2009 eine wissenschaftliche Tagung mit dem Titel „Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanzen und Perspektiven“. Zahlreiche Gäste aus Wissenschaft und Praxis nahmen daran teil, u.a. Prof. Dr. Heinz Kleger, Dr. Gideon Botsch, Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher sowie Prof. Dr. Hans Gerd Jaschke. Neben der Intention, in einem Diskurs Bilanz für das Land Brandenburg und seine Strategien zu ziehen, widmete sich das Fachpublikum außerdem den Möglichkeiten der Verbesserung von Strategien, politischen und juristischen Maßnahmen im Kampf gegen Rechtsextremismus und der Vereinbarkeit von Theorie und Praxis.

Die Stiftung „Sozialpädagogisches Institut - Walter May“ (SPI, Niederlassung Brandenburg) führte am 09. November 2009 ein Fachseminar mit dem Titel „Vom Nutzen der Offensive – Möglichkeiten und Effekte der offensiven Auseinandersetzung mit rechtsaffinen Jugendlichen“ durch. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befassten sich, ausgehend von einem Vortrag von Prof. Dr. Christian Pfeiffer, mit Faktoren, die die Entstehung und Verfestigung rechtsextremer Einstellungs- und Handlungsmuster entweder begünstigen oder erschweren können. Abschließend wurde diskutiert, welche Handlungsmöglichkeiten in der Arbeit mit jungen Menschen einer offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dienen.

„VIELFALT TUT GUT.“ hat in seiner ersten Programmphase von 2007 bis 2010 die Entwicklung lokaler Strategien vor Ort, d.h. Lokaler Aktionspläne sowie Modellprojekte gefördert. Jährlich haben in diesem Programm 19 Mio. EUR Fördermittel für die gesamte Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestanden.

Mit der Entwicklung Lokaler Aktionspläne (LAP) wird das Ziel verfolgt, das Engagement vor Ort zu stärken und kleinteilige, z.T. hoch effiziente Projekte zu fördern. Lokale Aktionspläne bestehen in den Landkreisen Barnim, Uckermark, Ostprignitz-Ruppin, Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Märkisch-Oderland sowie in der Region Hoher Fläming, in der Stadt Fürstenwalde/ Spree und in Frankfurt (Oder).

In der Praxis hat sich herausgestellt, dass an manchen Stellen nachgebessert werden muss. Aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Bundesmittel kommen in den jeweiligen Bundesländern nicht alle Regionen für einen LAP infrage. Bei der Auswahl der Förderregionen ist daher die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse von ganz besonderer Bedeutung. Die Länder können dabei, wie schon erfolgreich praktiziert, dem Bund die beste Unterstützung bieten. Auch für die Zukunft ist dies sicherzustellen. Parallel hierzu hat man den kommunalen Eigenanteil an der Umsetzung der Lokalen Aktionspläne, insbesondere die Unterstützung der Aufgaben der LAP-Koordinierungsstellen, zu überprüfen und sicherzustellen.

Die ersten wissenschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, dass die Lokalen Aktionspläne von vielen Beteiligten im Gemeinwesen unterstützt werden und ein geeignetes Mittel sind, um langfristig vernetztes Handeln zu sichern. Auf diese Weise können Fördergelder auf direktem Wege – in den Regionen selbst – abgefragt und viele kleine Projekte aus den Mitteln unterstützt werden. Auf der anderen Seite ist damit ein hoher Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten verbunden, der reduziert werden sollte.

Die Entwicklung von Modellprojekten ist eine Bereicherung für die Präventionsarbeit. Titel und Träger der neun im Land Brandenburg geförderten Modellprojekte sind:

- Modellprojekt „kunst - raum – erinnerung“,  
Bildungsverbund für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen e.V.,
- Modellprojekt „Interkulturelle Kompetenz - Kommunale Verantwortung für Bildung, Integration und Chancengleichheit“,  
Demokratie und Integration Brandenburg e.V., RAA Brandenburg,
- Modellprojekt „Elternwege-Beratungswegen“,  
Demokratie und Integration Brandenburg e.V., „Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - demos“,
- Modellprojekt „Kompetenzzentrum gegen Extremismus und Gewalt“,  
Europa-Zentrum Brandenburg- Berlin des Regionalen Fördervereins e.V.,
- Modellprojekt „Dreisprung in die Zukunft“,  
Fachhochschule Potsdam,
- Modellprojekt „Partizipation leben in Kindergarten und Grundschule“,  
Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V.,

- Modellprojekt "Profil und Professionalität" (Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen), Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Brandenburg e.V.
- Modellprojekt „Meine - Deine – Unsere Geschichte(n)“, Landesjugendring Brandenburg,
- Modellprojekt „Jungenarbeit und Gewaltprävention - Qualifizierung und lokale Projektentwicklung“, MANNE e.V

Auch bei diesem Programmpunkt besteht ein gewisser Anpassungsbedarf. Bei den Modellprojekten sollte es wie bei den Lokalen Aktionsplänen zu einer bewussten Zusammenarbeit mit den Ländern kommen. Das besondere Wissen über Strukturen vor Ort, das die Länder besitzen, befähigt zu einer den lokalen Bedürfnissen entgegen kommenden und Erfolg versprechenden Förderung von Modellprojekten. Es hat sich zudem gezeigt, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt Modellprojekte mit den Strukturen der Programme noch nicht ausreichend verzahnt haben. Auf die Nachhaltigkeit der Projekte ist indes in den Entscheidungen auch besonders zu achten. Es empfiehlt sich daher, die Entscheidungsbefugnisse des Gremiums aus Expertinnen und Experten auf Bundesebene mit den Ländern zu teilen. Die zu erbringende Kofinanzierung (50 % Eigen- bzw. Drittmittel) führt zu erheblichen Schwierigkeiten in der Umsetzung von Modellprojekten. Für die zukünftige Durchführung ist daher die Absenkung auf ein realisierbares und wie bei anderen Programmen (Vgl. Xenos, kompetent. Für Demokratie) schon übliches Niveau von Bedeutung.

Im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ hat die Bundesregierung außerdem die Initiative „Orte der Vielfalt“ geschaffen. Ziel soll es sein, Städte, Gemeinden und Kreise in ganz Deutschland in ihrem Engagement für Vielfalt zu stärken. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung unterstützt die Initiative. In zwei Auszeichnungsphasen wurden 2008 und 2009 bundesweit insgesamt 1.202 Gemeinden als „Orte der Vielfalt“ ernannt. Im Land Brandenburg gab es 24 Auszeichnungen für:

Blankenfelde-Mahlow, Brandenburg (Havel)-Hohenstücken, Landkreis Dahme-Spreewald, Eberswalde, Landkreis Elbe-Elster, Falkenberg/Elster, Falkensee, Fürstenwalde/Spree, Hennigsdorf, Landkreis Hoher Fläming, Lauchhammer, Lübben, Lübbenau/Spreewald, Oranienburg, Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Prenzlau, Rathenow, Rüdersdorf bei Berlin, Schöneiche bei Berlin, Senftenberg, Strausberg, Landkreis Uckermark, Werder (Havel) und Wildau.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat es durch die beiden Bundesprogramme „Vielfalt tut gut.“ und „kompetent. Für Demokratie“ eine neue Bewegung besonders im kommunalen und regionalen Bereich gegeben. Heute finden sich in den meisten Regionen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen. Auf kommunaler Ebene sind im Zuge dessen Prozesse in Gang gebracht worden, in die sich Verwaltung und Zivilgesellschaft gleichermaßen einbringen. Die Intensivierung dieser Zusammenarbeit bleibt aber teilweise eine dauernde Aufgabe.

Die Beteiligung des Bundes in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat sich bewährt. Diese Aufgabe muss auch in Zukunft in Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen wahrgenommen werden. Bei der nachhaltigen Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten leisten die Bundesprogramme einen wichtigen Beitrag. Die Landesregierung begrüßt daher die Fortführung von „Vielfalt tut gut“ und „kompetent. Für Demokratie“.

Bei einer vom 17.-18. März 2010 vom Moses Mendelsohn Zentrum in Potsdam veranstalteten Fachkonferenz erfolgte bereits ein Austausch zum bisherigen Wirken und über die weiteren Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten der beiden Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus.

Es ist davon auszugehen, dass in der neuen Förderphase die Interessen der Länder und Träger besser berücksichtigt werden. Die Koordinierungsstelle wird die Umsetzung der beiden Bundesprogramme im Land Brandenburg weiterhin intensiv begleiten.

Im Programm „Vielfalt tut gut“ besteht die Möglichkeit, dass ein erster Lokaler Aktionsplan bereits zum 01. Juli 2010 seine Arbeit aufnehmen kann. Die Koordinierungsstelle hat sich zusammen mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund Brandenburg für den Landkreis Oberhavel als Empfehlung an den Bund ausgesprochen.

Im Jahr 2010 wird ein weiteres Programm durch das Bundesministerium des Innern zur Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland aufgelegt. Erste Förderungen sollen bereits in diesem Jahr möglich sein. Für die Dauer von 2011 bis 2013 werden jährlich 6 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Zurzeit werden die Konzepte für dieses Programm ausgearbeitet, die die bestehenden Bundesprogramme ergänzen. Ebenso sollen die erforderlichen Partnerinnen und Partner auf Länder- und kommunaler Ebene sowie der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Entscheidungen über einzelne Projektförderungen sind noch nicht gefallen. Insoweit werden neue Möglichkeiten auch für das Land Brandenburg erwartet.

Die beabsichtigten Projekte für demokratische Teilhabe sollen sich vorrangig an dem von der Bundesregierung verfolgten ganzheitlichen Ansatz orientieren, mit der Förderung und Stärkung von Aspekten des gesellschaftlichen Zusammenhalts extremistischen Einflüssen in jeder Erscheinungsform den Nährboden zu entziehen.

Das Bundesfamilienministerium plant außerdem ein Programm, das Projekte gegen den Linksextremismus und den Islamismus umfasst. Aus der Sicht Brandenburgs ist die Nutzung des Fördervolumens im Bereich der Forschung interessant. Vorgesehen sind Anhörungen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, den Trägern bisheriger Projekte gegen Extremismus und Ländern und Kommunen, um bisherige Erfahrungen nutzbar zu machen. Nähere Informationen zur konkreten Ausgestaltung dieses Programms liegen derzeit nicht vor. Träger aus dem Land Brandenburg, die Erfahrungen mit dem Phänomen des Rechtsextremismus gemacht haben, könnten bei Bedarf zur Beratung zur Verfügung stehen.

## II. 2 Kooperationsvereinbarungen

Auf Landesebene wird das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung durch die schwerpunktorientierte Arbeit in Verwaltungen, Institutionen, Bildungseinrichtungen, in der Wirtschaft sowie in Vereinen, Verbänden und Körperschaften ergänzt. Eine Reihe gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen ist daher mittels konkreter Kooperationsvereinbarungen in die Bemühungen der Landesregierung, rechts-extremistischen Tendenzen in möglichst vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wirksam zu begegnen, eingebunden. In diesen Vereinbarungen wird einerseits das gemeinsame Bemühen beschrieben, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zurückzudrängen, für eine wachsende demokratische Kultur im Lande einzutreten und den Menschen Wege für ein eigenes Engagement aufzuzeigen. Gleichzeitig wird durch sie das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ mit Leben erfüllt, indem den Bürgerinnen und Bürgern beispielhaft verdeutlicht wird, wie und wo ihr bürgerschaftliches Engagement und ihre Möglichkeiten, Zivilcourage zu zeigen, zum Tragen kommen können. Andererseits wird erreicht, dass sich die Menschen in diesem Land mit den Grundsätzen und Möglichkeiten eines demokratischen Gemeinwesens zunehmend identifizieren und Verantwortung übernehmen. In diesem Sinne haben die Kooperationsvereinbarungen einen konkretisierenden Charakter: Die Partnerinnen und Partner verpflichten sich, im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ am Aufbau und an der Stabilisierung demokratischer Strukturen sowie an der Zurückdrängung demokratiefeindlicher Einstellungen mitzuwirken. Die Landesregierung wiederum verpflichtet sich, auf der Grundlage des Handlungskonzepts und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, die Partnerinnen und Partner zu beraten, zu fördern und auf vielfältige Art und Weise zu unterstützen. Aktuell stehen der Landesregierung 23 Kooperationspartnerinnen und -partner zur Seite:

- AOK Brandenburg – Die Gesundheitskasse,
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband /DEHOGA Brandenburg,
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) - Bezirk Berlin-Brandenburg,
- Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB) des Regionalen Fördervereins (RFV) e.V.,
- Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO),
- Fußball-Landesverband Brandenburg e.V. sowie Deutscher Fußball-Bund (DFB) (mit einer Patronatserklärung),
- Handelsverband Berlin Brandenburg e.V.,
- Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Landesvereine Berlin, Brandenburg, Sachsen e.V.,
- Katholische Kirche - Katholisches Büro Berlin-Brandenburg,
- LAG Jugendkunstschule und kulturpädagogische Einrichtungen Brandenburg e.V.,
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.,
- Landesjugendring Brandenburg e.V.,
- Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange / AndersARTIG e.V.,
- Landeschülerrat,

- Landessportbund Brandenburg e.V. (LSB),
- Landkreis Elbe-Elster,
- LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg,
- Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.,
- Stadt Oranienburg,
- Technisches Hilfswerk Länderverband Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt,
- Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH,
- Vattenfall Europe Mining AG und Vattenfall Europe Generation AG Cottbus,
- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH.

Als neue Partner konnten im Jahr 2009 der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V., der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V., der Landesschülerrat und der Seniorenrat des Landes Brandenburg gewonnen werden. Mit vielen werden gemeinsame Jahresarbeitspläne, die Schwerpunkte des Zusammenwirkens für das jeweils folgende Jahr enthalten, erarbeitet. Neben regelmäßigen bilateralen Gesprächen finden in der Regel zweimal jährlich Treffen der Kooperationspartnerinnen und -partner statt. Sie dienen der Intensivierung und Verfestigung von Arbeits- und Kommunikationsstrukturen. Die Kooperationspartnerinnen und -partner wurden 2009 in viele Aktivitäten der Koordinierungsstelle eingebunden. Unmittelbar vor dem Wahltermin im September 2009 verständigten sie sich auf einen gemeinsamen Aufruf zur Teilnahme an der (Landtags-) Wahl. Dieser wurde publiziert und von fast allen Partnerinnen und Partnern über deren Kommunikationskanäle verbreitet. Neben gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit als Ausdruck symbolischer Politik sind trägerbezogene Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, Vorträge und Schulungen angeboten sowie Bürgerfeste und Veranstaltungen unterstützt worden.

### III. Ausgewählte Aktivitäten 2009

Demokratie und Toleranz berühren alle gesellschaftlichen Felder. Daher verfolgt das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Arbeitsbereiche der Landesregierung umfasst. Nachfolgend werden einige ausgewählte Aktivitäten der einzelnen Ressorts vorgestellt.

Der **Verfassungsschutz des Landes Brandenburg im Ministerium des Innern** ist ein wichtiger Akteur im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Dieser hatte 2009 seine Präventionsangebote ausgebaut. In 133 Veranstaltungen wurden Vorträge gehalten. Über 4.000 Bürgerinnen und Bürger nahmen an den Veranstaltungen teil. Hinzu kam das für Schulen entwickelte Demokratiespiel. Zielgruppen waren insbesondere Jugendbetreuerinnen und Jugendbetreuer im Bereich Sport und Feuerwehr, Schülerinnen und Schüler, die Polizei, kommunale Ordnungsamtsbedienstete, Zollanwärterinnen- und -wärter, Lehrkräfte, Parteien, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Gruppen.

Seitens des Verfassungsschutzes wurde die strategische Zusammenarbeit mit der Polizei, dem „Toleranten Brandenburg“, dem Institut für Gemeinwesenberatung, der Brandenburgischen Kommunalakademie, dem Landkreistag sowie dem Städte- und Gemeindebund ausgebaut.

Seit Sommer 2009 bieten der Verfassungsschutz und die Landesintegrationsbeauftragte außerdem in allen Landkreisen einen Sicherheitsdialog „Integration, Radikalisierung und Islamismus“ (IRIS) an. Der bereits im Jahre 2009 fünfmal stattgefunden Dialog wird 2010 fortgesetzt.

Im vergangenen Jahr erfolgte im Bereich des Innenministeriums eine Neufassung des „Handlungskonzepts der **Polizei des Landes Brandenburg** zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität“. Es wurde im Jahr 2003 als Grundlage polizeilichen Handelns in Kraft gesetzt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Es integriert die Teilkonzepte MEGA (Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit) und TOMEK (Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt) und berücksichtigt insgesamt die aktuellen Entwicklungen und vollzogenen Fortschreibungsaspekte seit 2003.

Die Polizei verfügt damit über eine aktuelle ausgewogene Strategie. Sie bildet den Handlungsrahmen für vor Ort wahrzunehmende Führungsverantwortung zur Durchführung laugeangepasster und wirkungsorientierter Bekämpfungsmaßnahmen in den Bereichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Der unter Vorsitz des Brandenburger Innenministers arbeitende **Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR)** unterstützt seit Jahren Präventionsprojekte von Vereinen, Organisationen und Schulen, die auf die Entwicklung/Förderung von Zivilcourage, Demokratie und Toleranz abzielen.

Im Juni 2009 führte der LPR in Kooperation mit dem Referat Brand- und Katastrophenschutz des Ministeriums des Innern den „Gemeinsamen Aktionstag der Jugendfeuerwehren und der Jugendverbände der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen für Freiheit und Toleranz“ in Brandenburg an der Havel durch. Die Veranstaltung setzte es sich zum Ziel, die Jugendlichen zu motivieren, sich in den Jugendfeuerwehren und Hilfsorganisationen für Demokratie und Toleranz zu engagieren.

Die **Landesintegrationsbeauftragte** – angegliedert an das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie** – fördert seit Juni 2009 das Projekt „Diversity Management - in Vielfalt zum Erfolg“ an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU). Projektschwerpunkt ist die Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BTU in Sachen Diversity und Vielfalt. Dies involviert u.a. verschiedene Workshops, Sensibilisierungstrainings und eine monatlich stattfindende Diversity- Ringvorlesung.

In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist Marcel Heinig, Student der BTU Cottbus und mehrfacher Weltrekordler und Weltmeister bei Ironman- und Ultratriathlon-Wettkämpfen. Er lief als Botschafter des Handlungskonzepts 4.500 Kilometer quer durch Europa, bis er nach zwei Monaten am 21. Juni 2009 an Norwegens Nordspitze ankam und dort die Fahne des Landes Brandenburg ausbreitete.

Um aber noch sichtbarer zu machen, dass Demokratie vor allem in den Städten und Gemeinden vor Ort gelebt und von der aktiven Mitwirkung aller Brandenburgerinnen und Brandenburger unabhängig von ihrer Herkunft gestaltet wird, hatte das **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft** 2009 einen Wettbewerb ausgelobt. „Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Brandenburgs Städten - Lebensräume gemeinsam gestalten“, lautet der Titel. Von einer Jury unter Einbeziehen der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und der Integrationsbeauftragten wurden Ende 2009 insgesamt 12 Projekte ausgesucht. Die Förderung erfolgte im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung aus dem ESF mit über 1,5 Millionen Euro. Mit dem Wettbewerb wurden Projekte entwickelt, die die soziale Teilhabe von Menschen aller Altersgruppen und Herkunft in den Quartieren verbessern und zur Verhinderung der Ausgrenzung von arbeitslosen Menschen beitragen.

Das **Ministerium der Justiz** hatte 2009 beim Bundesministerium der Justiz einen Vorschlag zu gesetzlichen Änderungen im Bereich der Strafjustiz eingebracht. Die Amtsenthebung von Schöffinnen und Schöffen, die sich privat verfassungsfeindlich betätigen, ist bisher gesetzlich nicht geregelt. Schöffinnen und Schöffen könnten dem brandenburgischen Vorschlag entsprechend ihres Amtes enthoben werden, wenn über sie rechtsextreme Aktivitäten bekannt werden.

Die Aktivitäten der **Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung** standen 2009 ganz im Fokus der Wahlen. Aus diesem Grund wurde die Kampagne „mobil für Demokratie“ entwickelt. Ziel der Kampagne war es, bestehende Beratungsangebote im ländlichen Raum bekannter zu machen und auszubauen, die Bürgerinnen und Bürger für eine starke und lebendige Demokratie zu mobilisieren, Verstärkungseffekte für die Zivilgesellschaft durch unterstützende Aktivitäten hervorzurufen und Vernetzungsarbeit zu fördern. Daher wurden für den Zeitraum Januar bis September 2009 zahlreiche Bildungs- und Veranstaltungsangebote geschaffen. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger waren aufgefordert, an den Wahlen teilzunehmen und gegen rechtsextreme Agitationsversuche aktiv zu werden. Besonders junge Brandenburgerinnen und Brandenburger sollten angesprochen werden.

Im Mittelpunkt der Kampagne „mobil für Demokratie“ standen das Musikprojekt „SOUNDWAHL 2009“ sowie die Tour des „Demokratie-Mobils“ der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“.

Das von der Daimler AG gesponserte Fahrzeug des „Demokratie-Mobil“ wurde Ende Februar 2009 der Landesregierung zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus übergeben. Mit diesem konnte insbesondere auf die Europa, Landtags- und Bundestagswahlen aufmerksam gemacht werden. Seither wurden rund 100 Termine in über 70 Städten und Gemeinden wahrgenommen. Dabei war das „Demokratie-Mobil“ an durchschnittlich 14 Tagen im Monat unterwegs.

Verschiedenste Veranstaltungen wurden mit dem „Demokratie-Mobil“ begleitet: darunter Stadt- und Dorffeste, Projektwochen, Workshops, Jugendtreffen, Sportevents, Feuerwehrtage oder Demonstrationen. Vor Ort wurden Angebote aus dem Beratungsnetzwerk unterbreitet, Beratungen durchgeführt und wurde allgemeine Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Initiativen, Vereine, Bündnisse und sonstige Interessierte hatten die Möglichkeit, das „Mobil“ anzufordern.

Der Einsatz des „Demokratie-Mobils“ war wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Strukturen des Beratungsnetzwerks. Es unterstützte und motivierte durch seine Präsenz all die zahlreichen Initiativen im Land, die sich für eine starke und lebendige Demokratie einsetzen. Beispielhaft in diesem Zusammenhang sind kurzfristige Interventionsmaßnahmen gegen rechtsextreme Aufmärsche oder Mahnwachen, u.a. am 05.09.2009 in Neuruppin, am 12.09.2009 in Zossen und am 20.09.2009 in Potsdam.

Ausgewählte Einzelmaßnahmen, die durch das „Demokratie-Mobil“ begleitet wurden, waren:

- Filmtour „Roots Germania“ (RAA Brandenburg),
- LesBiSchwule Tour (LesBiSchwules Aktionsbündnis AndersARTiG e.V. und Lambda Berlin-Brandenburg e.V.),
- Berufsschultour der DGB Jugend „Gemeinsam Gewinnen“,
- U18 – Wahlen,
- Titelverleihungen „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“,
- Feiertag „60 Jahre Grundgesetz“ am 23. Mai 2009,
- Mini-WM der Nordbahngemeinden mit Courage e.V.,
- Straßenfußballturniere der Brandenburgischen Sportjugend,
- Tag der offenen Tür der Landesregierung,
- Interventionen bei rechtsextremen Aufmärschen,
- Eröffnungsveranstaltungen zur Ausstellung „10 Jahre Tolerantes Brandenburg“.

Neben den zuvor genannten Aktivitäten wurde mit dem „Demokratie-Mobil“ das Musik-Projekt „SOUNDWAHL 2009“ des Berliner Vereins Kreuzberger Musikalische Aktion e.V. (KMA) begleitet. Junge Musikerinnen und Musiker in Brandenburg und Berlin waren zu Beginn des Jahres 2009 dazu aufgefordert, zu den Themen „Toleranz, Antirassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung“ Lieder zu komponieren. Vier Bandwettbewerbe fanden in Senftenberg, Neuruppin, Rathenow und Eisenhüttenstadt statt. Die besten Songs wurden auf einer „SOUNDWAHL“-CD veröffentlicht. Diese wurde kostenlos bei der sich anschließenden Konzerttour (mit 11 Konzerten) verteilt. Sie stand zusätzlich unter [www.soundwahl.de](http://www.soundwahl.de) zum Download bereit. Das Projekt „SOUNDWAHL 2009“ wurde im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung gefördert. Es zielte darauf ab, Jugendliche durch das musikalische Engagement anderer Jugendlicher für Demokratie zu begeistern.

Auf ein ähnliches Prinzip setzte ein Projekt des Landesjugendrings. Dieser startete am 05. August 2009 im Internet eine Initiative zur Wählermobilisierung, mit der vor allem Erst- und Jungwählerinnen und -Wähler angesprochen werden sollten. Daran beteiligten sich ebenfalls Brandenburgische Tageszeitungen (wie Märkische Allgemeine Zeitung, Märkische Oderzeitung und Lausitzer Rundschau). Viele Kooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, u.a. aus den Bereichen Sport und Tourismus, unterstützten die Kampagne des Landesjugendrings. Nach einer Analyse der Seitenbetreiberinnen und -betreiber gab es fast 400.000 Zugriffe auf die Profile von 348 Kandidatinnen und Kandidaten aus 8 Parteien oder Wählervereinigungen. Die höchsten Zugriffszahlen konn-

ten kurz vor der Landtagswahl erzielt werden.

Mit der Internetplattform der „Wahlbotschafter“ wurde ein weit geflochtenes Netz zur Mobilisierung von Erstwählerinnen und – Wählern gesponnen. Viele verschiedene Medien wurden eingebaut, z.B. ein im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ produzierter Spot mit dem Titel „Darf ich wählen?“, durch den Jugendliche dazu aufgerufen wurden, am 27. September 2009 wählen zu gehen. Um einen hohen Verbreitungsgrad zu erreichen, wurden sämtliche Kanäle genutzt. Der Spot wurde u.a. im RBB- Fernsehen und in 43 Kinos im Land Brandenburg ausgestrahlt.

Unabhängig von diesem wurden weitere Spots von Studentinnen und Studenten der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam sowie der Fachhochschule Brandenburg produziert. Eingebunden in das Projekt „HINSCHAUEN – Spots für Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ entstanden verschiedene Trailer wie „Teutdorf“ oder „Nichts zu sehen!“. Mit dieser Medieninitiative wollten die Beteiligten bei Jugendlichen ein stärkeres Bewusstsein für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus schaffen. Das Projekt wurde u.a. von der Landeszentrale für politische Bildung und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gefördert.

Abgesehen von den wahljahrbezogenen Aktivitäten wurden 2009 viele weitere Projekte und Publikationen zur Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gefördert. Der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ standen zu diesem Zwecke Lottomittel i.H.v. 220.000 € für insgesamt 57 Projekte zur Verfügung. Viele Kommunen, Vereine und Verbände hatten im vergangenen Jahr Bürgerfeste, Workshops, Lesungen, Sportveranstaltungen, Musikfestivals und Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche veranstaltet, um für Demokratie, Toleranz und Vielfalt einzustehen.

Im Rahmen des Handlungskonzepts wurden, um nur einige Beispiele zu nennen, das „Laut und Bunt“ Musikfestival in Rathenow, die „Tour de Tolerance“, das Festival „Aufmucken gegen rechts“ in Königs Wusterhausen, die „Volleypics 09- Grenzenloses Fairplay“ in Forst und Bürgerfeste u.a. in Königs Wusterhausen, Neuruppin und Halbe gefördert. Die Arbeiterwohlfahrt Brandenburg hat im Rahmen einer Förderung ein Buch mit unkommentierten Interviews von rechtsextremen Straftätern veröffentlicht. Der Titel lautet: „Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Einsichten von Strafgefangenen“. Frank Schauka zeichnete in diesem Buch Gespräche auf, die er in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel mit Angehörigen einer Wohngruppe geführt hat. Zur inhaltlichen Auseinandersetzung ermöglichte die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zwei Lesungen zu diesem Buch.

Außerdem unterstützte die Koordinierungsstelle mehrere Projekte und Wettbewerbe: Im Mai 2009 fand die Abschlussveranstaltung zu „Fair bringt mehr - Der Wettbewerb für mehr Miteinander“ der Marketinggemeinschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken zum zweiten Mal statt. Er bündelte verschiedene Projekte zur Präventionsarbeit im Land Brandenburg. Der Koordinator für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, Bildungsstaatssekretär Burkhard Jungkamp hat u.a. in der Jury mitgewirkt. Insgesamt wurden 230 Preisträgerinnen und Preisträger (darunter Schulklassen, Kindergarten- u. Hortgruppen) ausgezeichnet.

#### IV. Ausblick

Im Jahr 2010, dem 20. Jubiläum des Landes Brandenburg, rücken Begriffe wie „Freiheit“, „Zivilcourage“ und „Demokratie“ stärker in den Fokus. Im Koalitionsvertrag vom 05. November 2009 zwischen der SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages wurde die Bekämpfung des Rechtsextremismus als „eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für das ganze Land“ beschrieben. Brandenburg sei und bleibe ein Land der Toleranz. Der mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eingeschlagene Weg werde weiter beschritten.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wird ihren Schwerpunkt im Jahr 2010 auf eine stärkere Jugendbeteiligung und die Demokratiestärkung vor Ort legen. Möglichst viele Menschen sollen dazu ermutigt werden, Demokratie mitzugestalten. Dies ist, angesichts der Versuche rechtsextremer Gruppen, sich lokal zu verankern, von besonderer Bedeutung und eine langfristige Aufgabe.

Daher wird die „Demokratie-Mobil“- Tour über das Jahr 2009 hinaus fortgesetzt. Mit dem vom Direktor der Mercedes Benz Niederlassung Berlin, Walter Müller, am 15. Dezember 2009 der Landesregierung übergebenen neuen Fahrzeug kann das Projekt fortgeführt werden. Im Vorfeld hatten der Koordinator der Landesregierung für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, Bildungsstaatssekretär Burkhard Jungkamp, und Walter Müller einen entsprechenden Kooperationsvertrag unterzeichnet. Das „Demokratie-Mobil“ wird der Koordinierungsstelle bis zum 31. Oktober 2010 zur Verfügung stehen.

Als weiteres plant das Moses Mendelssohn Zentrum am 08. Juni 2010 einen Fachtag zum Begriff „Rasse“ in Gesetzgebung und Verwaltungstexten, der einer Diskussionsgrundlage im Land Brandenburg dienen kann.

Ende Juni, d.h. vom 25. bis 27. Juni 2010 finden dann erstmals die „Tage der Demokratie“ in Potsdam statt. Die Veranstaltung wird von der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund in enger Abstimmung mit der Koordinierungsstelle organisiert. Über 400 Jugendliche der Altersstufen 16- 21 Jahre werden zu einem 3-tägigen Programm eingeladen, bei dem sie die Möglichkeit haben, Demokratie auf eine neue Weise kennenzulernen. Ziel ist es, ein möglichst heterogenes Teilnehmerfeld herzustellen, um einen spannenden Austauschprozess zwischen den Jugendlichen zu fördern. Kernelement der Veranstaltung ist eine für den 26. Juni vorgesehene Demokratierallye, bei der das Landesparlament, Ministerien und Interessensvertretungen aufgesucht werden. Aufgelockert wird das Programm durch viele sportliche Aktivitäten, einer Disco und die Eröffnung der Les-BiSchwulen Tour am 27. Juni 2010.